

**Schriften zur wirtschaftswissenschaftlichen
Analyse des Rechts**

Band 28

**Rechtliche und ökonomische
Aspekte des Schutzes von Gläubigern
konzernverbundener GmbH**

**Von
Stefan Koch**



Duncker & Humblot · Berlin

STEFAN KOCH

**Rechtliche und ökonomische Aspekte des Schutzes
von Gläubigern konzernverbundener GmbH**

Schriften zur wirtschaftswissenschaftlichen Analyse des Rechts

herausgegeben von

Heinz Grosseckler, Münster · Bernhard Großfeld, Münster

Klaus J. Hopt, Hamburg · Christian Kirchner, Berlin

Dieter Rückle, Trier · Reinhard H. Schmidt, Frankfurt/Main

Band 28

Rechtliche und ökonomische Aspekte des Schutzes von Gläubigern konzernverbundener GmbH

**Von
Stefan Koch**



Duncker & Humblot · Berlin

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Koch, Stefan:

Rechtliche und ökonomische Aspekte des Schutzes von
Gläubigern konzernverbundener GmbH / von Stefan Koch. –
Berlin : Duncker und Humblot, 1997

(Schriften zur wirtschaftswissenschaftlichen Analyse des
Rechts ; Bd. 28)

Zugl.: Hannover, Univ., Diss., 1989/90

ISBN 3-428-08705-4

NE: GT

Alle Rechte vorbehalten


© 1997 Duncker & Humblot GmbH, Berlin

Fotoprint: Berliner Buchdruckerei Union GmbH, Berlin

Printed in Germany

ISSN 0935-5065

ISBN 3-428-08705-4

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier
entsprechend ISO 9706 

Für Gertrudis und Gabriela

Geleitwort

Die Beschäftigung mit dem “qualifizierten” faktischen GmbH-Konzern ist in den letzten Jahren zum Lieblingstummelfeld des Gesellschaftsrechts geworden. Die - nicht immer rational nachvollziehbare - Entwicklung der Rechtsprechung seit der Autokran-Entscheidung [BGHZ 95, 330 - Autokran; BGHZ 107, 7 - Tiefbau; BGHZ 115, 187 - Video; BGH NJW 1993, 1200 - TBB; BGH NJW 1994, 446 - ETC.] hat zu Kontroversen in der juristischen Literatur geführt, die den Kern des modernen Kapitalgesellschaftsrechts betreffen, nämlich das Spannungsverhältnis zwischen Haftungsprivileg und Gläubigerschutz. Die rechtswissenschaftliche Diskussion dieses Problemfeldes kreist um die *Begründung* einer konzernrechtlichen Haftung und um die Optimierung des Gläubigerschutzes. Die Notwendigkeit des Gläubigerschutzes wird aus der Erhöhung des Risikos für diese Gruppe von Akteuren aus der Tatsache der Konzernbildung und der spezifischen Ausübung der Leitungsmacht im Konzern abgeleitet. Doch läßt sich allein aus einer solchen - sehr wohl feststellbaren - Risikoerhöhung nicht auf den notwendigen Umfang des Gläubigerschutzes schließen, zumal verschiedene Gruppen von Gläubigern über unterschiedliche Möglichkeiten des Risikomanagements verfügen. Dies ist bei der Diskussion um eine richtige Abgrenzung des Schutzes von Gläubigern konzernverbundener GmbH in Rechnung zu stellen. Die vorgelegte Arbeit - die Verzögerungen, die sich in der Drucklegung ergeben haben, sind von Autor und Verlag nicht zu verantworten - geht die Frage einer richtigen Abgrenzung des Gläubigerschutzes im “qualifizierten” faktischen GmbH-Konzern neu an; die Arbeit kann zeigen, daß die Argumentation an Prägnanz und Trennschärfe gewinnt, wenn auf das Instrumentarium der modernen Ökonomik zurückgegriffen wird. Sie leistet eine gelungene Integration von juristischer und ökonomischer Argumentation. Sie verwendet den Ausgangsfall der Rechtsprechung zum “qualifizierten” faktischen GmbH-Konzern, die Autokran-Entscheidung, gleichsam als idealtypisches Modell, um die eigene juristisch-ökonomische Argumentation entfalten zu können. Da es nicht um die später in den Mittelpunkt gerückte Frage einer richtigen *Begründung* einer konzernrechtlichen Haftung im “qualifizierten” faktischen GmbH-Konzern geht, ist dies eine richtige Entscheidung. Die Arbeit ist geeignet, der konzernrechtlichen Diskussion neue Impulse zu geben, indem sie sowohl den Schwerpunkt der Argumentation ändert als auch das verwendete Analyseinstrumentarium erneuert.

Berlin, im Juli 1996

Prof. Dr. Dr. Christian Kirchner, LL.M.

Vorwort

Die Arbeit hat im Wintersemester 1989/90 als Dissertation dem Fachbereich Rechtswissenschaften der Universität Hannover vorgelegen.

Sie geht zurück auf die "Autokran"- Entscheidung des Bundesgerichtshofs vom 16. September 1985 (BGHZ 95, 330) und setzt sich unter eng abgegrenzter Anwendung der Ökonomischen Analyse des Rechts (ÖAR) mit diesem Urteil und seiner Kritik auseinander. Mit Hilfe der ÖAR gelingt die Optimierung juristischer Entscheidungen, indem zusätzliche Kriterien für die Auswahl unter rechtlichen Entscheidungsalternativen nutzbar gemacht werden.

Das Manuskript wurde inhaltlich im Sommer 1989 abgeschlossen. Von einer Aktualisierung konnte mangels einer zwischenzeitlichen Änderung der Rechtsprechung und des Diskussionsstands abgesehen werden.

Bei meinem Doktorvater, Herrn Prof. Dr. iur. Dr. rer. pol. Christian Kirchner, LL.M., bedanke ich mich herzlich für die Anregung des Themas und vor allem für die ständige Gesprächsbereitschaft während der Bearbeitung. Mein Dank gilt auch Herrn Prof. Dr. iur. Wolfgang Kilian für die bereitwillige Förderung der Arbeit.

Stefan Koch

